

Protokoll Nr. 25 (2023-2027)

der öffentlichen Hybrid-Sitzung (Zoom) des Beirats Schwachhausen am 20.11.2025 im Focke Museum

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 22:20Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|---|--|
| a) vom Beirat | Jan Brockmann (online) ¹
Lukas Dietzel
York Golinski
Marek Helsner
Antje Hoffmann-Land
Malte Lier
Tim Ruland | Dr. Dagmar Burgdorf
Gudrun Eickelberg (online)
Jan Hannemann
Jörg Henschen
Klaus-Peter Land
Robert Lipphardt (online) |
| b) vom Ortsamt | Ralf Möller
Thomas Berger | |
| c) Gäste | zu TOP 2: Michael Richts (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW))
zu TOP 3: Simon Pauli (SUKW)
zu TOP 4: Tim Tebbe (Vonovia SE) und Imme Koopmann (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS)) | |

Ralf Möller stellt fest, dass der Beirat beschlussfähig ist.

Das Protokoll Nr. 24 der Beiratssitzung am 25.09.2025 wird genehmigt.

Die heutige Sitzung wird auf Wunsch einer Vertreterin des Weser Kuriers aufgezeichnet.

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt beschlossen:

Tagesordnung

1. Bürger:innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten
2. Kommunale Wärmeplanung
3. Umbaumaßnahmen und Baumschutz in der Scharnhorststraße
4. Problemimmobilie Schubertstraße
5. OKJA-Mittelvergabe 2026
6. Verschiedenes

TOP 1: Bürger*innenanträge, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus dem Beirat

Klaus-Peter Land bedauert, dass das Amt für Straßen und Verkehr (ASV) in der Wätjenstraße zwischen Schwachhauser Ring und Emmastraße, Fahrtrichtung stadtauswärts, den Radweg sanieren lasse. Zuvor sei dort kein Sanierungsbedarf erkennbar gewesen. Außerdem sei der Beirat nicht vorab über die Maßnahme unterrichtet worden. Es sei schade um das verausgabte Budget.

Marek Helsner zeigt sich irritiert, dass die Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS) auf den einstimmigen Beschluss des Beirats „[Bewohnerparken im vorderen Schwachhausen einführen](#)“ aus der Sitzung am 28.08.2025 u.a. geantwortet habe, dass für die Umsetzung

¹ Jan Brockmann war zunächst kurzzeitig in Präsenz in der Sitzung anwesend.

des Konzepts „Parken in Quartieren – Ordnen des ruhenden Verkehrs mit Einführung einer Parkraumbewirtschaftung in Form von Bewohnerparken – eine europaweite Ausschreibung notwendig sei. Hiervon sei bei der bisherigen Vorstellung des Konzepts keine Rede gewesen und deshalb bitte er das Ortsamt, bei SBMS eine Begründung für diese Veränderung anzufragen.

TOP 2: Kommunale Wärmeplanung²

Michals Richts (Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft (SUKW)) stellt anhand einer Präsentation den Entwurf für die kommunale Wärmeplanung vor.³ Ergänzend erläutert er:

- Die Notwendigkeit zur Aufstellung einer kommunalen Wärmeplanung sei bundesgesetzlich vorgeschrieben;
- bisher seien etwa 140 Stellungnahmen zum Entwurf im Ressort eingegangen;
- die Wärmeplanung beziehe sich auf das Zieljahr 2038. Dieses Jahr sei durch das für Bremen beschlossene Klimaschutzgesetz vorgegeben;
- im Ergebnis lasse sich feststellen, dass für Bremen ausreichend Quellen erneuerbarer Energien zur Verfügung ständen;
- dezentrale Luftwärmepumpen, die zusätzlich mit einer Schallschutzhülle versehen seien, könnten in weiten Teilen Bremens, abgesehen vom Stadtkern, eingesetzt werden;
- perspektivisch könne der zukünftige Gesamtwärmebedarf zu 36% aus Wärmenetzen bereitgestellt werden. Das mache einen Zubau von knapp 300 km Trasse mit einem Finanzbedarf von € 900 Mio. erforderlich;
- größere Teile Schwachhausens seien bisher für den Einsatz von Wärmenetzen „nicht klassifiziert“. Das bedeute, dass sich der Ausbau vorhandener Wärmenetze oder der Zubau neuer heute als nicht wirtschaftlich darstelle, sich aber zu einem späteren Zeitpunkt durchaus lohnen könnte. Die entsprechend eingestuften Quartiere müssten zu einem späteren Zeitpunkt nochmals bewertet werden;
- Bremen müsse die Wärmeplanung alle fünf Jahre fortschreiben.

Zu Fragen aus dem Gremium äußert sich Michal Richts wie folgt:

- Bei der Entwicklung des ehemaligen Kellogg's- Geländes in der Überseestadt könnte sich der Einsatz einer Flusswärmepumpe als günstige Option erweisen;
- die Nutzung von Erdwärme- bzw. Anergienetzen komme bislang nicht in der Wärmeplanung vor. Sobald konkrete Daten zur Nutzbarmachung vorlägen, würden diese aber eingearbeitet;
- das Einbringen von Erdwärmesonden sei auch in privaten Gärten möglich;
- die jüngst hergestellte Fernwärmeverbindungsleitung durch Schwachhausen lege nahe, dass nun überall entlang der Leitung das Netz erweitert werden könne. Das sei aber nicht in jedem Fall zum jetzigen Zeitpunkt für die Betreiberin, die wesernetz Bremen GmbH, wirtschaftlich. Diese Einschätzung stütze sich einerseits auf Auskünfte von wesernetz selbst, aber auch auf das im Zusammenhang mit der Wärmeplanung erstellte Gutachten. Unbestritten sei, dass der Ausbau des Wärmenetzes eine Herausforderung darstelle;
- Wärmepumpen seien teuer, aber durch die bundesweite Förderung attraktiv. Die Bedingung für eine Förderung, dass die bestehende Heizung älter als 15 Jahre sein müsse, sei üblich. Einerseits entspreche dies der (durchschnittlichen) Lebenserwartung einer Heizung, andererseits könne auf diesem Weg der Abfluss der Förderung gesteuert werden;
- die wesernetz Bremen GmbH sei als Anbieterin von Fernwärme in Bremen nicht Monopolistin. So betreibe die hansewasser Bremen GmbH in Oslebshausen ein Wärmenetz auf der Basis der Verbrennung von Klärschlamm und die enercity Contracting GmbH etabliere gegenwärtig ein Wärmenetz in Bremen-Nord;
- das im bremischen Klimaschutzgesetz vorgegebene Zieljahr für Klimaneutralität, 2038, sei nicht rechtsverbindlich, im Gegensatz zu der bundesgesetzlichen Vorgabe, 2045. 2045 stelle dann auch das Jahr dar, in dem definitiv die Wartung des vorhandenen Gas-

² Die Kommunale Wärmeplanung für das Bundesland Bremen findet sich unter [Start - Wärmeplanung](#), die interaktive Karte unter [Wärmeplanung Bremen](#).

³ Die Präsentation ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

- netzes in Bremen eingestellt werde;
- in der Tat werde der Stromverbrauch in den kommenden Jahren steigen, auch durch den zunehmenden Einsatz von Wärmepumpen. Dafür müsse die wesernetz Bremen GmbH die Stromnetze entsprechend ertüchtigen,
- das sog. Klima-Splitgerät sei kostengünstiger in der Beschaffung, aber auch weniger effizient und mit höheren Betriebskosten als eine Wärmepumpe verbunden.⁴

Aus dem Publikum wird angemerkt, dass der Eindruck entstehen könnte, dass sich die beschriebene Wirtschaftlichkeit von Maßnahmen in erster Linie danach richte, was sich für die wesernetz Bremen GmbH als wirtschaftlich darstelle. Es fehle ein konkreter Fahrplan und an der Verantwortlichkeit der Stadtgemeinde.

Ein Vertreter von [Erdwärme Dich e.V.](#) weist darauf hin, dass der Zeitplan für den Ausbau des Wärmenetzes zweifelhaft sei, da wesernetz bisher etwa 2 bis 5 km je Jahr zubaue und dies zukünftig auf jährlich 10 km steigern wolle. Das reiche aber nicht, um den dargestellten Zubau von 293 km an Wärmetrassen zu erreichen. Erdwärme dich bemängelt den geringen behördlichen Willen, den Verein bei den Planungen zu beteiligen. Aus Sicht des Vereins habe dieser sehr um die Anerkennung der zuständigen Behörden kämpfen müssen.

Michael Richts erwidert, dass die Erwartungen an die kommunale Wärmeplanung „extrem hoch“ seien. Die voraussichtlichen Kosten für den Ausbau der Wärmenetze seien sowohl mit wesernetz als auch unabhängig erhoben worden. Auf die Frage eines Vertreters von [Bremen-Zero](#), wann die als „nicht klassifiziert“ eingestuften Quartiere erneut geprüft würden, stellt er fest, dass der nächste Schritt in drei Jahren erfolgen werde.

Jörg Henschen erklärt, dass die Fraktion der SPD im Vorfeld der Sitzung einen Entwurf für eine Stellungnahme zur kommunalen Wärmeplanung vorgelegt habe.⁵ Er schlägt vor, diesen Entwurf um zwei weitere Forderungen zu ergänzen, die die Beiräte Mitte und Östliche Vorstadt erhoben hätten, so dass der Entwurf folgendermaßen laute:

„Der Beirat Schwachhausen begrüßt die Veröffentlichung des Entwurfs des Wärmeplans, mit dem die Stadt Bremen eine klimafreundliche und zukunftssichere Wärmeversorgung gestalten möchte. Die kommunale Wärmeplanung ist ein wichtiger Baustein der Energiewende und soll aufzeigen, wie die Stadt Bremen und damit auch der Stadtteil Schwachhausen zukünftig mit zuverlässiger und umweltfreundlicher Wärme versorgt werden kann. Aussagen über konkrete Gebäude lassen sich aus dieser Planung jedoch nur begrenzt ableiten. Deshalb begrüßt der Beirat die Bereitstellung vielfältiger Beratungs- und Informations-Angebote durch unabhängige Beratungsstellen.

Der Beirat Schwachhausen sieht darüber hinaus die Notwendigkeit, für die sozialverträgliche Umsetzung der Wärmeplanung vor dem Hintergrund der damit verbundenen zahllosen baulichen Maßnahmen eine ressortübergreifende Koordinierungsstelle zu schaffen.

- Die Koordinierungsstelle soll Bauvorhaben im öffentlichen Raum priorisieren und terminieren, um Überschneidungen und Konflikte zu vermeiden.
- Die Koordinierungsstelle soll die Bündelung von verschiedenen Maßnahmen im gleichen baulichen Kontext fördern, um die Anzahl der Baufeldöffnungen und die Kosten für die Wiederherstellung zu reduzieren.
- Die Koordinierungsstelle soll die Abstimmung und Kommunikation zwischen den beteiligten Dienststellen und privaten Trägern gewährleisten, um einheitliche Qualitätsstandards und Verfahren zu sichern.
- Die Koordinierungsstelle soll die Beteiligung und Transparenz gegenüber der Öffentlichkeit sicherstellen, indem sie rechtzeitig und umfassend über die geplanten und laufenden Bauvorhaben informiert und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigt.
- Die Koordinierungsstelle soll Gewerbetreibende, die von Baustellen vor ihren Ladenlokalen betroffen sind, vorab besser informieren und auch im Verlauf des Baufortschrittes ständig über die aktuelle Situation unterrichten.

Die bisher erfolgende „Koordination von Baustellen auf Haupttrassen“* durch das Referat 51 der Verkehrsabteilung der Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung, der „zweimal jährlich stattfindende Baustellendialog (...) mit den beteiligten Stakeholdern“* und die „Genehmigung für Baustellen in Nebenstraßen“* durch die Polizei Bremen ist in keiner Weise geeignet, eine ent-

⁴ Beim Klima-Splitgerät handelt es sich um ein Gerät, das in erster Linie als Klimaanlage fungiert, aber auch zum Heizen genutzt werden kann.

⁵ Der Antrag ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

sprechende Koordination der im Rahmen der kommunalen Wärmeplanung notwendigen stadtweiten Bautätigkeiten sicherzustellen und die damit verbundenen Probleme zu lösen. Darüber hinaus muss der Senat dort, wo Fernwärme genutzt werden wird, dafür sorgen, dass die Monopolstellung des Anbieters nicht zu unverhältnismäßig hohen Preisen beim Verbrauch führt. Die zum 1. September 2025 eingestellten Landesförderprogramme „Heizungsaustausch“ sowie „Wärmeschutz in Wohngebäuden“ sind neu aufzulegen um die Umrüstung von Heizsystemen durch Hauseigentümer*innen effektiv vorzutreiben. Das Potential für die Nutzung von Erdwärmesonden im öffentlichen Straßenraum wird zur Zeit von der Erdwärmedich Anergienetze eG systematisch untersucht. Der Beirat fordert das Ressort auf, die Ergebnisse dieser Untersuchung sowie die bekannten Ergebnisse von Nah- und Fernwärmenetzen (Ergebnis-Kriterien: Wirtschaftlichkeit, CO2 Einsparungen, Effizienz) zeitnah zu veröffentlichen, um Transparenz und Planbarkeit für Bürger*innen zu schaffen.“

Ralf Möller lässt über diesen Vorschlag abstimmen: Er wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Umbaumaßnahmen und Baumschutz in der Scharnhorststraße

Eingangs erinnert Ralf Möller daran, dass der Beirat bereits seit Jahren eine Verbesserung des Baumschutzes in der Scharnhorststraße einfordert.

Anschließend stellt Simon Pauli (SUKW) die Zielsetzungen für die Scharnhorststraße vor und macht dabei deutlich, dass die geplanten Baumschutzmaßnahmen mit Blick auf entfallende Kfz-Stellplätze nur auf einer Straßenseite erfolgen sollen.⁶

Marek Helsner zeigt sich ob der nun angekündigten Baumschutzmaßnahmen erfreut, sieht aber den Sinn der Maßnahme gefährdet, wenn sie nur auf einer Straßenseite umgesetzt werde.

Simon Pauli erwidert, dass der innovative Charakter der Maßnahme trotz der Beschränkung auf eine Straßenseite bestehen bleibe. Das Problem bestehe darin, dass der vorhandene Straßenquerschnitt eine beidseitige Verlagerung des ruhenden Verkehrs auf die Fahrbahn nicht zulasse. Außerdem sei die Maßnahme darauf angewiesen, dass sie die Zustimmung der Anwohner:innen finde.

Auf Nachfrage aus dem Gremium stellt Simon Pauli fest, dass die Straßenseite noch nicht festgelegt sei. Das werde im weiteren Verfahrensablauf geprüft und werde auch von den Rückmeldungen der Anwohner:innen abhängen.

Dr. Dagmar Burgdorf bemängelt, dass die vorhandenen Grünstreifen nicht gepflegt und nicht bepflanzt seien. Im Zweifelsfall übernehmen dies Anwohner:innen, einschließlich der notwendigen Bewässerung. Sie gehe davon aus, dass eine Einschränkung der Flächen für den ruhenden Verkehr nicht auf die Zustimmung der Gewerbetreibenden vor Ort stoßen werde – die Scharnhorststraße sei keine reine Wohnstraße. Ein Austausch mit den Anwohner:innen sei unerlässlich.

Ralf Möller unterstreicht, dass mit der heutigen Sitzung noch keine Diskussion über Details möglich sei. Dies könne zu einem späteren Zeitpunkt im Verfahrensablauf dann der zuständige Fachausschuss übernehmen.

York Golinski, Klaus-Peter Land und Marek Helsner setzen sich für eine ambitionierte Planung ein. Jeder Straßenbaum sei wichtig und das Vorhaben könnte sich zu einem Leuchtturmprojekt entwickeln, dass in weiteren Straßenzügen wiederholt werden könnte. Außerdem könnten mit der Umgestaltung der Scharnhorststraße auch in der Vergangenheit vorgebrachte Überlegungen für eine Sperrung des Straßenzugs für den Durchgangsverkehr und eine geänderte Steuerung der Verkehre im Ortsteil Radio Bremen wieder aufgenommen werden.

Ein ehemaliges Beiratsmitglied fordert, dass der Schwerpunkt der Maßnahme auf dem Baumschutz liegen müsse. Bei den aktuell durchgeführten Maßnahmen der hanseWasser Bremen GmbH (Kanalsanierung) und der wesernetz Bremen GmbH (Erweiterung des Fernwärmenetzes) in der Straße seien Chancen, Baumschutzmaßnahmen einzubeziehen, verpasst worden.

⁶ Die Präsentation ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

TOP 4: Problemimmobilie Schubertstraße

Ralf Möller erläutert eingangs, dass der Sachverhalt aus der Medienberichterstattung und der [Berichterstattung](#) in der zuständigen Deputation am 06.11.2025 bekannt sei. Der Wohnblock Schubertstraße 9 bis 19 weise z.T. massive Risse auf. Zum Sachverhalt hätten die Fraktionen Die Linke, Bündnis90/ Die Grünen und SPD einen gemeinsamen Antrag vorgelegt.⁷

Malte Lier stellt den Antrag vor und verweist insbesondere darauf, dass im genannten Mehrfamilienhaus Nr. 9 und 11 nicht mehr bewohnbar bzw. für eine Wohnnutzung gesperrt worden seien. Gleichzeitig sei es wichtig, Wohnraum zu erhalten und mit den betroffenen Mieter:innen verbindliche Absprachen zu treffen. Es bestehe die Sorge, dass weitere Bereiche des Mehrfamilienhauses beeinträchtigt würden. Außerdem gehe er davon aus, dass die Problematik der Vermieterin Vonovia länger als berichtet bekannt sei.

Tim Tebbe (Vonovia SE) stellt fest, dass das Mehrfamilienwohnhaus Schubertstraße 9 bis 19 1920 erbaut worden sei und 28 Wohneinheiten umfasse. Seit diesem Jahr seien ungewöhnliche Setzungen mit Rissbildungen am Gebäude zu beobachten, was die Vonovia veranlasst habe, ein Baubüro einzuschalten, um den Vorgang zu beurteilen und entsprechende Maßnahmen vorzuschlagen. Die Bauordnungsbehörde habe das Gebäude am 29.10.2025 begutachtet und für Nr. 9 und 11 eine Nutzungsuntersagung ausgesprochen. Hierzu bestehe auch ein entsprechendes Protokoll. Für Nr. 13 bis 19 bestehe augenblicklich kein Handlungsdruck. Vonovia sei bestrebt, die Statik des Gebäudes zu sichern und gehe dabei in enger Absprache mit der Behörde und dem Baubüro vor. Vorrangig müsse im Augenblick die Ursache der Setzungen geklärt werden. Vonovia habe nahezu alle Mietparteien aus Nr. 9 und 11 in andere eigene Mietobjekte vermittelt. Diese befänden sich überwiegend in Schwachhausen. Lediglich eine Mietpartei sei momentan noch im Hotel untergebracht. Vermietungen in Nr. 9 und 11 seien gegenwärtig nicht möglich. Vonovia habe allen Betroffenen eine persönliche Ansprechperson zur Verfügung gestellt und sei bestrebt, fortlaufend zu informieren. Vonovia sei sich bewusst, dass es sich um eine für die Mieter:innen schwierige Situation handele.

Imme Koopmann (Senatorin für Bau, Mobilität und Stadtentwicklung (SBMS)) bestätigt, dass die Bauordnungsbehörde den Vorgang eng begleite und nach einer Begehung eine Nutzungsuntersagung für Nr. 9 und Nr. 11 sowie einen Kellerraum in Nr. 13 ausgesprochen habe.

Anwesende Mieter:innen des Objekts Schubertstraße 9 bis 19 äußern sich wie folgt:

- Die genannten Rissbildungen hätten 2025 tatsächlich dramatisch zugenommen, seien aber bereits seit 2018 als Mängel bekannt gewesen. Erst in diesem Jahr gebe es Bestrebungen, den Ursachen nachzugehen;
- die Rissbildungen zu beobachten, sei nicht ausreichend. Es müssten zusätzlich Bodenproben genommen werden. Dies sei bisher aber unterlassen worden. Vonovia verhalte sich zu zögerlich, das bereite den Mieter:innen Sorge. An den Rissen fehlten Markierungen und an den betroffenen Hauswänden Gerüsttürme;
- innerhalb von acht Wochen hätten sich die Risse deutlich vergrößert und die betroffenen Mieter:innen in Nr. 9 und 11 seien zum Umzug bewegt worden;
- nach Kenntnis der Mieter:innen liege die Nutzungsuntersagung bisher nicht schriftlich vor;
- von neun betroffenen Mietparteien sei bisher eine noch nicht in neuen Wohnraum umgezogen. Das liege daran, dass der angebotene neue Wohnraum merklich teurer sei;
- die Mieter:innen empfänden das Vorgehen der Vonovia als Druck.

Imme Koopmann bestätigt, dass die Rissbildungen vermutlich mit dem Baugrund zu tun hätten. Die hauseigene Abteilung für Statik habe deshalb ein Gutachten angefordert.

Tim Tebbe versichert, dass Vonovia bereits vor der Nutzungsuntersagung gehandelt habe. Die Untersagung sei im Begehungsprotokoll der Bauordnungsbehörde dokumentiert und werde noch schriftlich nachgereicht. Die von den Mieter:innen angesprochenen Rissbildungen seit 2018 seien Risse im Putz gewesen.

Vonovia habe konkrete Planungen für Sanierungen in diesem Mehrfamilienhaus verfolgt und habe bereits mit deren Umsetzung begonnen. Die Dramatik der Rissbildungen in diesem Jahr

⁷ Der gemeinsame Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis90/ Die Grünen und der SPD ist als **Anlage 4** diesem Antrag angefügt.

habe Vonovia dann veranlasst, die Umsetzung der Planungen zu stoppen und – wie bereits benannt – ein externes Büro zu beauftragen. Vonovia lägen erste Gutachten zu den Ursachen der Rissbildungen vor, es ergebe sich aber noch kein abschließendes Bild. Vonovia möchte den Gebäudekomplex erhalten und nicht abreißen und durch einen Neubau ersetzen.

Auf Nachfragen aus dem Gremium äußert Tim Tebbe:

- Die von Vonovia geplanten Sanierungsmaßnahmen hätten die Mieten verteuert;
- es seien bereits mehrere Wohneinheiten aufwendig saniert worden. Das betreffe die Heizung und Elektroinstallationen. Aus diesem Grund verfolge Vonovia auch keinen Abriss des Gebäudes;
- Vonovia sei zwischenzeitlich ein Gutachten zu einem Nachbargebäude mit einem ähnlichen Schadensbild bekannt;
- angeforderte Gutachten umfassten auch die Untersuchung der Bodenverhältnisse. Allerdings benötigten manche Messungen Zeit;
- die bislang erfolgte Sicherung umfasse Absperrungen der Zugänge zu Nr. 9 und 11 sowie die Aufstellung von Stützen in Nr. 9 und 11. Dadurch seien Rettungswege blockiert worden, was dann die Bauordnungsbehörde zu der Nutzungsuntersagung veranlasst habe;
- auch für Nr. 13 bis 19 würden keinen Neuvermietungen vorgenommen. Allerdings bestehe dort nicht derselbe Handlungsdruck;
- allen betroffenen Mietparteien seien Angebote zum Umzug unterbreitet worden. Der neue Wohnraum sei preislich vergleichbar, könne aber bei mehr Wohnfläche teurer sein.

Abschließend lässt Ralf Möller über den vorliegenden Antrag abstimmen, nachdem Malte Lier vorgeschlagen hatte, den letzten Halbsatz im Text – „und unterstützt ihre berechtigten Interessen gegenüber der Eigentümerin und den zuständigen Behörden“ – zu streichen:

Der Beirat stimmt den Antrag bei einer Enthaltung (FDP) einstimmig zu.

TOP 5: OKJA-Mittelvergabe 2026

Ralf Möller berichtet, dass sich der Controllingausschuss für den Stadtteil Schwachhausen einstimmig, einschließlich der vom Beirat benannten Vertreter:innen, auf die Verteilung der Mittel für die offene Kinder- und Jugendarbeit (OKJA) im Folgejahr verständigt habe.

Für den Stadtteil Schwachhausen ständen 2026 Mittel in Höhe von € 183.698,69 einschließlich Mieten zur Verfügung. Das entspreche dem Haushaltsansatz des Vorjahres. Von diesem Budget erhalte das Jugendfreizeitheim Parkallee (Träger: Deutsches Rotes Kreuz e.V.) € 135.503,54 (beantragt: € 143.282,51) und der Verein für akzeptierende Jugendarbeit (Vaja e.V.) für den Treffpunkt Ulrichsstraße und die offene Jugendarbeit im Stadtteil € 48.195,15 (beantragt: € 49.295,15). Das Integrationsbudget in Höhe von € 6.349,21 gehe an den Verein Nasr e.V. (beantragt: € 6.546,90).

Der Beirat stimmt der vom Controllingausschuss für den Stadtteil Schwachhausen beschlossenen Mittelverteilung zu.

Mit Blick auf die Zukunft und die geplanten Änderungen bei der Vergabe der OKJA-Mittel sowie der Beteiligung der Beiräte spricht sich Jörg Henschen dafür aus, dass alle im Beirat vertretenen Fraktionen an den Beratungen beteiligt werden.

TOP 6: Verschiedenes

Ralf Möller verweist auf die folgenden Termine:

- Koordinierungsausschuss am 27.11.2025, 18 Uhr;
- Beiratssitzung am 10.12.2025, 19:30 Uhr, im Focke Museum.

Sprecherin
Gudrun Eickelberg

Vorsitzender
Ralf Möller

Protokoll
Thomas Berger